

Pulsnitzer Tageblatt

Herausgeber 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— erscheint an jedem Werktag —
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Besteller
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pfl.: Die 41 mm breite Zeile (Rost's Zeilenmesser 14)
1 mm Höhe 10 Pfl., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pfl.; amtlich 1 mm
30 Pfl. und 24 Pfl.; Reklame 25 Pfl. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung.
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsgaßen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großhörsdorf, Brettnig, Hauswalde, Dhorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober-
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 142

Freitag, den 21. Juni 1929

81. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Die Gemeinden Lichtenberg, Großnaundorf, Höchendorf, Kleindittmannsdorf
und Mittelbach haben sich unter dem Namen „Verbandsparkasse zu Lichtenberg und
Umgebung“ zu einem Zweckverbande im Sinne von §§ 160 ff. der Gemeindeordnung zu-
samengeschlossen. Die von dem Verbands beschlossene Satzung hat das Ministerium des Innern
genehmigt; sie kann jederzeit bei der Amtshauptmannschaft oder bei den betreffenden Gemeinde-
behörden eingesehen werden.

Die Satzung gilt hiermit als veröffentlicht und tritt mit dieser Bekanntmachung in Kraft.
Gleichzeitig tritt die bisherige „Satzung für die Gemeindeverbands-Sparkasse zu Lichtenberg“
vom 5. Januar 1912 außer Kraft.

Amtshauptmannschaft Ramenz, am 14. Juni 1929.

In das Vereinsregister ist am 19. Juni 1929 unter Nummer 29 der Motorrad-Club
Weißbach 1928, eingetragener Verein mit dem Sitze in Großhörsdorf eingetragen worden.
Amtsgericht Pulsnitz, am 20. Juni 1929.

haben im
Anzeigen Pulsnitzer Tageblatt großen Erfolg

Vertliche und sächsische Angelegenheiten

Pulsnitz N. S., 21. Juni. (Zusammenstoß
zwischen Motorrad und Fahrrad.) Gestern Abend
in der siebenten Stunde hat sich auf der Dresdener Straße
in Pulsnitz N. S., dort, wo die Mittelbacher Straße in die
Dresdener Straße einmündet, ein Unfall ereignet, wobei
2 Personen erheblich verletzt worden sind. Eine in Pulsnitz
wohnende Radfahrerin, die auf ihrem Fahrrad von der
Mittelbacher Straße herkommend, in weitem Bogen in die
Dresdener Straße rechts einbiegen wollte, stieß mit einem
in Ramenz wohnenden Motorradfahrer, der von Pulsnitz in
Richtung Radeberg fuhr, zusammen. Dabei stürzten beide um
und wurden auf das Straßenpflaster geschleudert. Die auf dem
Sozialsitz sitzende Ehefrau des Motorradfahrers wurde dabei
ebenfalls auf die Straße geschleudert. Während die Radfahrerin
und die Ehefrau des Motorradfahrers Verletzungen davon-
trugen, blieb der Motorradfahrer unverletzt. Die Sanitäter
Kreischel, Schreier und Schäfer waren sofort zur Stelle und
leisteten die erste Hilfe. Durch den sofort herbeigerufenen Arzt
Dr. Bietel wurde bei beiden Verletzten Gehirnerschütterung,
Verletzungen an Nase und Kopf festgestellt. Nach Anlegen
von Verbänden wurden die Verletzten mittels Personen- bzw.
Krankentransportwagens aus Ramenz in ihre Wohnungen gebracht.
Die Erörterungen über die Schuldfrage sind noch nicht abge-
schlossen, da die Verletzten zur Zeit noch nicht vernunftfähig
sind.

— (Vandarlehnen zur Errichtung von Land-
arbeiterwohnungen.) Wie uns aus Dresden ge-
meldet wird, hat das Arbeitsministerium die Verordnung
über Vandarlehnen aus Reichs- und Landesmitteln zur Er-
richtung von Landarbeiterwohnungen in verschiedenen Punk-
ten abgeändert. So werden den Vandararbeitern die Forst-
arbeiter, die ländlichen Zeitarbeiter und die ländlichen Hand-
arbeiter gleichgestellt. Von der Förderung ausgeschlossen
sind Bauvorhaben solcher ländlicher Arbeitnehmer, denen eine
Anwartschaft auf ländlichen Besitz oder auf Vermögen an-
deree Art zusteht, das geeignet ist, ihnen eine selbständige
Existenz zu bieten. Gefördert werden kann nur der Bau
von solchen Wohnungen, deren Wohnfläche 70 Quadratmeter
nicht überschreitet. Ausnahmen können höchstens bei kinder-
reichen Familien oder bei Um- und Einbauten gemacht werden.

— (Veranstaltungen der sächsischen Land-
wirtschaft.) Der Kreisverein ländlicher Reit- und Fahr-
vereine für die sächsische Oberlausitz veranstaltet am 13. und
14. Juli in Zittau sein 3. großes Verbandsturnier. Auf-
schreibungen sind in der Geschäftsstelle Zittau erhältlich.
(Hotel „Weißes Roß“, Oststraße 2). — Der Verbandstag
des Landesziegenzuchtverbandes Sachsen, der am 14. Juli
in Auerbach i. Erzgeb. stattfindet, bringt u. a. einen Vortrag
von Landwirtschaftsrat Büchner (Wauzen) über: „Die Ober-
lausitzer weiße Edelziege“. Mit der Tagung ist eine Land-
es-Ziegenschau verknüpft.

— (Kostbefall des Getreides.) Die Presse-
stelle der Landwirtschaftskammer weist darauf hin, daß man
den Kostbefall des Getreides daran erkennt, daß die Blätter,
Blattscheiden und Halme mißfarbige Flecken bekommen, auf
denen gelbliche und schwärzliche Pusteln erscheinen, die ein
feines Pulver enthalten. Diese Pusteln werden von bestimm-
ten Pilzen (Kostpilzen) hervorgerufen. Direkte Bekämpfungsmittel
sowohl gegen den Gelbrost (besonders an Weizen zu
finden), als auch gegen den im Juli erscheinenden Schwarz-
rost gibt es nicht. Man kann dem Kostbefall lediglich bis
zu einem gewissen Grade vorbeugen durch Einschränkung der
Erntestoffdüngung und erhöhte Gaben von Phosphorsäure
und Kalisalzen.

Europäische „Sicherheits“-Konferenz Ende des Jahres?

Die Pariser Unterredung über den Young-Plan

Getreidehandelsmonopol gefallen? — Henderson über Krieg und Frieden

Paris. Die Lektüre der Pariser Presse bestätigt den
Eindruck, daß die Unterredung zwischen Dr. Stresemann und
Briand, an der für die Dauer von 25 Minuten auch Poin-
caré teilnahm, nicht sehr ergiebig gewesen ist. Man hat
nur über Fragen der Prozedur gesprochen, d. h. sich darüber
unterhalten, wie die große politische Konferenz, auf der die
Staatsmänner Deutschlands, Frankreichs, Englands, Belgiens
und Italiens zwecks Festlegung des Zeitpunktes für das
Inkrafttreten des Young-Plans zusammenkommen sollen, auf
schnellstem Wege praktisch bewerkstelligt und parlamentarisch
vorbereitet werden kann.

Briand und Poincaré haben den Reichsaussenminister
davon in Kenntnis gesetzt, daß die französische Regierung
entschlossen ist, noch vor Beginn der parlamentari-
schen Sommerferien sowohl die Schuldenab-
machungen mit England und Amerika als auch das neue
Reparationsystem durch Kammer und Senat ratifizieren
zu lassen.

Sie haben Dr. Stresemann aufgefordert, sich seiner-
seits für eine rasche Annahme des Young-Plans in
Deutschland einzusetzen und zugleich mit Frankreich in
diesem Sinne auch auf die Regierungen Englands, Bel-
giens und Italiens einzuwirken. Die politische Konferenz
soll etwa am 15. Juli stattfinden. Deutschland und Frank-
reich werden für die Wahl eines neutralen Konferenzortes
eintreten und den übrigen interessierten Mächten wahr-
scheinlich Lausanne, Luzern oder Basel vorschlagen.

Allerdings macht man sich darauf gefaßt, daß von eng-
lischer Seite vielleicht angeregt werden könnte, die Konfe-
renz nach London einzuberufen, und es scheint, daß Briand
und Poincaré diesem Wunsch entsprechen würden.

Von der Rheinlandräumung wird in der französischen
Presse nur in recht dürftiger Form gesprochen. Poincaré
soll mit allen Mitteln zu verhindern suchen, daß auf der
kommenden Konferenz bereits die Räumungsdaten festgelegt
werden. Recht interessant ist in diesem Zusammenhang die
Bemerkung, daß gegen Ende des Jahres eine neue euro-
päische Konferenz stattfinden solle, auf der die Sicher-
heitsprobleme zusammen mit den wirtschaftlichen Fragen zu
behandeln wären.

Außenminister Dr. Stresemann, der Paris erst am
Mittwoch abend spät verlassen hat, traf am Donnerstag
nachmittag wieder in Berlin ein. Das Reichskabinett wird
sich sofort über die Madrider Besprechungen und über die Ver-
handlungen, die der Außenminister in Paris mit Poincaré
und Briand hatte, unterrichten werden.

Getreidehandelsmonopol gefallen?

Wie die „D. A. Z.“ zu berichten weiß, nahm an der Sitzung
des Sachverständigenausschusses über das Agrarprogramm der
Reichsernährungsminister Dietrich teil. Es wurde neuerlich noch
in letzter Stunde die bereits ziemlich weit gediehenen Pläne für
das Getreidehandelsmonopol wieder zu befechtigen. Es werde
versucht, mindestens über die Zollfrage noch soweit eine Ver-
ständigung herbeizuführen, daß wenigstens dieser Teil des Agrar-
programms noch vor der Sommerpause verabschiedet werden
könne. Tatsächlich könne das Getreidehandelsmonopol bereits
als gefallen gelten, auch in den Fraktionen begegne es zuneh-
menden Widerständen. Der „Vorwärts“ setzt sich mit den
Angriffen der demokratischen Presse gegen das Getreidehandels-
monopol und damit gegen die Sozialdemokratie auseinander
und sagt, der Monopolplan bedeute einen Versuch, deutschen
Erzeugern und Verbrauchern einen Ausgleich herbeizuführen.
Zollherabsetzungen aber seien ein einfacher Raubzug gegen die Ver-
braucher in dessen Gewinn sich die Getreideproduzierenden Land-
wirte mit dem Zwischenhandel teilten. Der „Vorwärts“
schreibt, die Regierungskoalition werde vor eine neue Belastungs-
probe gestellt. Geschlossen würde sie für eine Monopollösung
keineswegs eintreten. Unter allen Umständen würde die demo-

kratische Fraktion gegen eine solche Vorlage stimmen. Daß sie
daraus die Konsequenzen ziehen würde, aus der Regierung aus-
zuschleiden, sei allerdings nicht zu erwarten. Schon deshalb
nicht, weil sie sich einen Einfluß auf die Durchführung und Kon-
trolle eines Monopols sichern möchte. Der demokratische Reichs-
ernährungsminister könne und wird jedenfalls nicht einen Ge-
setzentwurf für ein verschleiertes Getreidehandelsmonopol einbringen.

Henderson über Krieg und Frieden

Paris, 20. Juni. Der „Soir“ veröffentlicht eine Unterredung
seines Sonderberichterstatters mit dem jetzigen englischen Außenminister
Henderson über die Organisation des Friedens. „Ich bin der Ansicht“,
erklärte Henderson, „daß die Stunde geschlagen hat, um zu Taten
überzugehen. Es genügt nicht mehr einen abstrakten Friedenswillen zu
betonen. Man muß den Frieden auch organisieren. Man kann und
man muß abrufen. Der Völkerbund hat eine technische Arbeit von
größter Bedeutung geleistet, deren Verdienst dem vorbereitenden Ab-
räumungsausschuß zufällt. Aber genug der unfruchtbarsten Entschleu-
nungen. Man muß so früh wie möglich die Abrüstungskonferenz einberufen.“
Zu den deutsch-französischen Beziehungen erklärte Henderson: „Seit
langen Jahren haben wir Engländer nach besten Kräften daran gear-
beitet, die Kriegserregung zwischen diesen beiden großen Ländern zu
verjagen. Große Ergebnisse wurden schon erreicht. Ich bin der An-
sicht, daß die logische Folge von Locarno die Räumung des Rhein-
landes ist. Es ist noch einer der großen Widersprüche unserer von der
Sorge um den Frieden beherrschten Zeit, daß fremde Heere innerhalb
der Grenzen Deutschlands lagern. Die Frage des Friedens oder des
Krieges ist heute die Lebensfrage aller Probleme geworden, die in der
Welt aufgerollt sind. Ich glaube auch, daß wir die Mittel haben, das
Kriegsungeheuer niederzuwerfen.“

Die 50-Millionen-Dollar-Auslandsanleihe perfekt.

Der Abschluß der 50-Millionen-Dollar-Anleihe für das
Reich wird von interessierter Bankseite bestätigt. Der Ver-
tragspartner der drei deutschen Banken ist — das Reich tritt
als Anleihenehmer direkt nicht auf — eines der größten
amerikanischen Bankhäuser. Die Laufzeit des Kredites, die
ursprünglich sechs Monate betragen sollte, dürfte etwas
darüber hinausgehen mit Rücksicht darauf, daß sonst der
Rückzahlungstermin mit dem Jahresresultato zusammen-
gefallen wäre, wodurch sich für den Geldmarkt eine erheb-
liche Belastung ergeben hätte.

Der amerikanische Kongreß stimmte der Stundung
der am 1. August fälligen französischen Schuldzahlung von
400 Millionen Dollar bis zum 1. Mai 1930 zu.

Frankreich und die deutsche Saar.

Saarbrücken. Der in letzter Zeit sehr aktiven Tätigkeit
der „Association française de la Sarre“ müßte von deut-
scher Seite eine größere Aufmerksamkeit als bisher geschenkt
werden, deren Ziel es ist, „den provisorischen bis zum Jahre
1935 vorgesehenen Zustand in einen dauernden
umzuwandeln“. In der saarländischen Presse werden
die Machenschaften dieser Beutegierigen sehr ernst genom-
men.

In einer Sitzung dieser Vereintigung, an der, wie aus
Paris gemeldet wird, drei Deputierte, vier Senatoren, fran-
zösische Großindustrielle und andere prominente Persönlich-
keiten teilnahmen, gelangte ein Beschluß zur Annahme, in
der der Hoffnung Ausdruck gegeben wird, daß sich die fran-
zösische Regierung zu einer Preisgabe der französisch-saar-
ländischen Interessen nicht hergeben werde. Der Völker-
bund sei die einzige geeignete Instanz, das Saargebiet zu
verwalten. Ein Senator teilte mit:

„Ich habe damals, als ich hörte, daß die Sachverständigen
das Saarproblem behandeln sollen, Herrn Poincaré so-
fort Material über die Saarfrage zugestellt. Der Minister-
präsident las die Dokumente und ordnete an, daß die fran-
zösischen Sachverständigen die Aussprache über das Saar-
gebiet ablehnen sollen.“

